[Antragsbeginn]

Antrag: Gemeinsam gegen Rechtspopulismus!

Einreicher: SDS Freiburg

Am Samstag, den 1. Februar, will der AfD-Bundesvorsitzende Bernd Lucke um 15 Uhr im Bürgerhaus in Freiburg-Zähringen einen Europawahlkampf-Vortrag zum Thema "Der Euro und die Zukunft Europas" halten.

Mit seinen neoliberalen und elitären Forderungen vertritt Bernd Lucke konsequent die Linie der Partei und steht damit für eine Politik, welche die Gegensätze innerhalb der Gesellschaften weiter verstärken will, die mit Argwohn und Abscheu "nach Unten" blickt und tritt und die unter dem Deckmantel der Euro-Kritik vor allem von einer noch stärkeren Machtposition der BRD in der Europäischen Union träumt.

Doch nicht nur die neoliberalen Positionen dieser Partei sind hervorzuheben. So distanzierte sich die Parteiführung in der Vergangenheit zwar immer wieder medienwirksam von "rechtsextremen Positionen" wie zum Beispiel denen der NPD oder DVU. Allerdings ist es nicht zu leugnen, dass ein großer Teil der Wähler*innen aus enttäuschten Kreisen am rechten Rand der FDP oder CDU kommen. Mehr noch: Die rechtspopulistische und antimuslimische Kleinstpartei "Die Freiheit" ließ verlauten, ihre Mitglieder*innen sollen geschlossen den Bundestagswahlkampf der AfD unterstützen. So verwundert es auch nicht weiter, dass immer mehr Positionen der Partei von ehemaligen Mitglieder*innen von "Die Freiheit" oder gar der Partei "Die Republikaner" besetzt werden. Jens Eckleben, der ehemalige Landesvorsitzende der "Freiheit" und Gründungsmitglied der Hamburger AfD ist bei weitem kein Einzelfall. Auch weitere Vertreter*innen einschlägiger Positionen aus Freiburg finden sich im Umfeld der AfD wieder. Neben dem "Alten Herren" Dubravko Mandic der Burschenschaft Saxo-Silesia, welcher nun auch im Schiedsgericht des Landesverbandes Baden-Württemberg für die AfD sitzt, fällt v.a. Martina Kempf aus Breisach auf. Neben ihrem reaktionären und christlich fundamentalistischen Engagement für die sog. "Lebensschützer" schreibt sie als Autorin für die extrem rechte Zeitung "Junge Freiheit" und scheute sich in der Vergangenheit auch nicht, vor einem Interview mit dem faschistischen Blatt "Zuerst", welches in der März-Ausgabe 2013 erschien. Die Liste mit Personen, welche offene Sympathien für rechte Positionen haben, ließe sich ohne weiteres fortführen.

Die "Alternative für Deutschland" ist eine reaktionäre Partei, deren Rhetorik, Elitendenken und Flanke nach Rechts unserem Verständnis eines solidarischen Miteinanders entgegensteht.

Rechtspopulismus ist keine Alternative!

Der Studierendenrat ruft auf zu den Protest gegen den Vortrag der AfD im Bürgeghaus Zähringen am 01.02.14 an der Haltestelle Hornusstrasse um 14:15

[Antragsende]

Begründung/Informationen:

Ouelle für den Aufruf:

https://linksunten.indymedia.org/de/node/104122

Weitere Infos zur AfD:

Ganz viele gut recherchierte Artikel zur AfD, deren Mitglieder, dessen Äußerungen und deren Demokratiefeindlichkeit hat Andreas Kemper geschrieben, ihr findet diese hier:

http://andreaskemper.wordpress.com/category/allgemein/

Wer sich weiter Informieren will zur AfD sei herzlich eingeladen zum Vortrag "Rechtspopulismus in Deutschland und Europa" mit Schwerpunkt AfD, am Samstag um 20 Uhr in der KTS: https://linksunten.indymedia.org/de/node/102999

Viele Informationen zum Thema Faschismus, der Rechten Ideologie und warum man dagegen was tun sollte findet ihr auch noch in folgendem Reader (ca. 40 Seiten): http://s144731316.online.de/wp-solid-fr/wp-content/uploads/2013/06/Block_fascism.pdf

Noch zur Klärung, wegen des Änderungsantrags zu friedlichen Protesten aufzurufen: Ich bin nicht in der Lage den Änderungsantrag anzunehmen ohne Rücksprache mit dem restlichen SDS, da ich nicht glaube das wir da eine Konsensmeinung haben. Desweiteren habe ich das Verständnis, das eine Demo grundsätzlich immer friedlich ist, außer es ist explicit anders gefordert, wie bei den Protesten gegen den Polizeikongress in Berlin letztes Jahr, wo gezielt dazu aufgerufen wurde das Gewaltmonopol des Staates zu brechen. Zur Eskalation kommen reguläre Demos erst dann, wenn die Polizei beginnt die Demo anzugreifen, und sich die Demonstrationsteilnehmer*innen dagegen wehren. Deswegen empfinde ich die Floskel als überflüßig.